



Parteiversammlung vom 19. Mai 2008, 20.00 Uhr im Ref. Kirchgemeindehaus Opfikon

O. Peyer begrüsst die Anwesenden zur heutigen Parteiversammlung und bittet Stadtrat und Fraktion die zahlreichen Parteiangehörigen über die wichtigsten Geschäfte zu orientieren.

4. Mitteilungen

Stadtrat: Werner Brühlmann teilt mit, dass letzte Woche die Generalversammlung der Energie Opfikon AG stattgefunden hat. Es durfte wiederum ein schöner Gewinn verbucht werden.

Fraktion: Paul Remund teilt mit, dass an der Gemeinderatssitzung vom 2. Juni die Rechnung 2007 behandelt wird, die mit einem Rekord-Aufwandüberschuss von 18.8 Mio. Franken abschliesst. An der Juli-Sitzung sollten folgende Geschäfte verabschiedet werden: Im Zusammenhang mit dem geplanten neuen Alterszentrum Bubenholz der Landverkauf an die Tertianum AG; ein Geschäft, das von der RPK behandelt wird, sowie die sogenannte Leistungsvereinbarung bezüglich Pflegeabteilung zwischen der Stadt Opfikon und der Tertianum AG. Dieses Geschäft liegt in der Obhut der GPK. Nur wenn beide Geschäfte angenommen werden, kann das neue Alterszentrum wie vorgesehen realisiert werden. Ein weiteres Geschäft der RPK für die Juli-Sitzung ist die Bauabrechnung für die im letzten Jahr erfolgten Umbauarbeiten im Alterszentrum Gibeleich.

Bezirk/Kanton: Gemäss Otto Peyer gibt es aus der Bezirkspartei nichts zu berichten. Die Kantonalpartei hingegen wird an der Delegiertenversammlung vom 5. Juni Beat Walti zum neuen Parteipräsidenten wählen.

5. Parolen für die Eidg. Abstimmungen vom 1. Juni 2008

5.1. Eidg. Volksinitiative „Für demokratische Einbürgerungen“

Werner Brühlmann erläutert diverse Punkte im Zusammenhang mit der Stadt Opfikon. Seit 2004 besteht die Begründungspflicht bei Ablehnungen. 2006 wurde der bürgerliche Gemeinderat aufgelöst. Zuständig für die Einbürgerungen ist seither in

Opfikon der Stadtrat. Die Einbürgerungswilligen müssen bei der WBK (=Weiterbildungskurse) Dübendorf einen ziemlich harten Test absolvieren, bei dem sie mindestens 70 von 100 Punkten erreichen müssen, um zu einem persönlichen Gespräch beim Stadtrat vorgeladen zu werden, nach welchem dieser über die Einbürgerung entscheidet. Bei der WBK können auch Vorbereitungs-Kurse besucht werden, welche aber von den Teilnehmern selber bezahlt werden müssen. Die Prüfung allerdings wird von der

Stadt Opfikon bezahlt, die diese Kosten jedoch mit den Einbürgerungsgebühren auf die Prüflinge überwälzen kann. Nach Ansicht von Werner Brühlmann hat sich dieses Verfahren sehr gut bewährt. Die Zahl der Einbürgerungswilligen ist seit Einführung der Prüfung deutlich gesunken. Der Stadtrat muss sich nicht mehr wie früher mit Antragstellern herumschlagen, welche zum Teil nicht einmal der deutschen Sprache richtig mächtig sind. Erst einmal sei es vorgekommen, dass eine Ablehnung des Stadtrates nach einem Rekurs eines Ausländers vom Bezirksrat nicht gestützt worden ist. Viele Jugendliche bis zum 18. Altersjahr profitieren von der vereinfachten Einbürgerung zu einem deutlich tieferen Tarif. Paul Remund, Hans-Peter Pfister und Fritz Stoll sprechen sich für die Initiative aus. Sie unterliegen aber bei der Abstimmung deutlich. Die Initiative wird deutlich abgelehnt.

5.2. Eidg. Volksinitiative „Volkssouveränität statt Behördenpropaganda“

Otto Peyer informiert über dieses Volksbegehren. Abstimmungen müssten mindestens 6 Monate im Voraus bekannt sein. Der Bundesrat hätte keine Möglichkeit mehr, sich in dieser Zeit in den Medien darüber zu äussern. So könnte der Bundesrat keine Gegendarstellung zu Äusserungen der Gegnerschaft mehr machen, womit er keinen Einfluss im Hinblick auf die Abstimmung mehr hätte. Kontradiktorische Auseinandersetzungen wie zum Beispiel in der Arena wären nicht mehr möglich. Otto Peyer wirbt für die Ablehnung der Initiative. Sie wirft keine hohen Wellen. Dem Wunsch des Parteipräsidenten wird entsprochen. Das Volksbegehren wird klar abgelehnt.

5.3. Eidg. Abstimmung: Verfassungsartikel „Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung“

Das Referat über diese Vorlage wird von Björn Blaser gehalten. Diverse Votanten sprechen sich in einer ausführlichen Debatte dafür und dagegen aus. Die Vorlage ist sehr komplex. Die Konsequenzen bei einer Annahme sind nicht klar ersichtlich. Bei einer Ablehnung würde alles beim alten bleiben. Darüber, dass das Gesundheitssystem in der Schweiz krank ist, ist man sich einig. Die Vorlage wird schliesslich unterstützt.

6. Verschiedenes

Parteipräsident macht Werbung für die nächste Parteiversammlung vom 23. Juni. Es handelt sich um den traditionellen Grillabend. SVP-Stadträtin Sozialvorsteherin Regina Bühler sowie Edgar Rutishauser, der Leiter des Sozialamtes, werden als Gäste anwesend sein und für Fragen rund um das Sozialamt Red' und Antwort stehen. Wir hoffen auf ein zahlreiches Erscheinen, dieser Anlass ist auch für Interessenten der Ortspartei ein ideales Ambiente sich in die Partei zu integrieren.